

WELT & WIRTSCHAFT

VERANTWORTUNG IN GESELLSCHAFT, POLITIK UND UNTERNEHMEN

SONDERAUSGABE 1 / 2014

www.welt-und-wirtschaft.de



Foto: Robwilson39 | Dreamstime.com

Wirtschaft und Finanzen:

Ethisches Investment rechnet sich doppelt

>> Seite 4

Gastbeitrag:

Fehlgeleitete Armutsbekämpfung

>> Seite 2



Foto: Leonidikan | Dreamstime.com

Apfel mit Gewissensbissen?

Tantal, Zinn, Gold oder Wolfram – wir brauchen es täglich, damit unsere Computer, Laptops oder Smartphones funktionieren. Diese Mineralien werden oft unter ausbeuterischen Bedingungen in Krisengebieten gefördert, so zum Beispiel das Tantalerz Coltan aus dem von Rebellen kontrollierten Ostkongo.

Um einem schlechten Gewissen der Nutzer von „i“-Elektronik zu begegnen, berichtet Apple in seinem Nachhaltigkeitsreport 2014, dass die Lieferketten seiner Tantalwerke von externen Kontrollleuren als konfliktfrei bewertet würden. Mit der gleichzeitigen Veröffentlichung einer Liste der Schmelzhütten und Veredelungsbetriebe, aus denen Zinn, Tantal, Wolfram und Gold für die Apple-Produkte bezogen werden, sowie der dortigen Arbeitsbedingungen soll ein hohes Maß an Transparenz geschaffen werden.

Für Gold, Zinn und Wolfram kann der Elektronikkonzern solche Bewertungen jedoch noch nicht vorlegen. **Weiter auf Seite 8 (Weitblick).**



Foto: Strahil Dimitrov | Dreamstime.com

Zukunftsweisende Investitionen

In Norwegen konnten schon immer herausragende Naturphänomene beobachtet werden. Nicht naturgegeben aber ebenso herausragend steht der staatliche norwegische Pensionsfonds da. Ökonomisch zählt er zu den größten Investmentfonds der Welt. In Sachen Transparenz und Ethik ist er wirklich herausragendes Vorbild. **Mehr dazu auf Seite 2.**

[INDONESIENS TORFWÄLDER BEDROHT](#)

Europäische Banken finanzieren illegale Rodungen von besonders schützenswertem Regenwald

Bio-Sprit: Eigentlich sollte die Umstellung auf Bio-Treibstoff dem Schutz der Umwelt dienen. Doch wenn natürliche Wälder für dessen Produktion abgeholzt werden, rückt der Gedanke der Nachhaltigkeit in weite Ferne.

In den Regenwaldgebieten Indonesiens betreibt die an der Börse in Singapur registrierte Bumitama Agri Ltd. Ölpalm-Plantagen im großen Stil – und das illegal, wie die internationale Umweltschutzorganisation Friends of the Earth Europe in einem aktuellen Bericht dokumentiert. Trotz früherer Versprechen des Unternehmens, die illegale Produktion einzustellen, könne auf Satellitenbildern neue Rodungsflächen in nicht genehmigten Gebieten ausgemacht werden, so Friends of the Earth Europe.

Den wichtigsten Käufer des Palmöls, der führende asiatische Agrarkonzern Wilmar International, ruft Friends of the Earth Europe auf, seine laufenden Liefervereinbarungen aufzukündigen.

Wilmar hat erst im Dezember 2013 eine „Nicht-Entwaldungs-Politik“ verabschiedet, die auch für Zulieferer gilt. Wenn dies mehr als eine leere Geste sein soll,



Foto: Jason Taylor

Ladang Sawit Mas Plantation im Ketapang-Distrikt, West-Kalimantan / Indonesien: Seit Jahrtausenden stand hier bis vor kurzem auf dem Torfmoor Regenwald - wegen seiner hohen Biodiversität und zahlreicher seltener Tier- und Pflanzenarten als besonders schützenswert eingestuft. Für seine illegalen Ölpalm-Plantagen lässt Bumitama Agri Ltd. Entwässerungskanäle anlegen.

so Friends of the Earth Europe, dann müsse Wilmar den Bezug von Bumitamas Palmöl einstellen. Friends of the Earth Europe beklagt auch, dass die finanzierenden europäischen Banken wie

HSBC, Deutsche Bank, Amundi oder Rabobank über diese Umweltzerstörung bestens Bescheid wüssten, jedoch nichts Wirksames dagegen unternehmen würden. Die Umweltschützer fordern von

den Banken daher einen Finanzierungsstopp und ein Moratorium für die Gewährung von Krediten und den Kauf von Anteilen an Bumitama Agri Ltd. und verbundenen Unternehmen.

IMPRESSUM

Herausgeber: earthlink e.V., Frohschammerstr. 14, D-80807 München, T: +49 89 - 35 65 21 02, email: info@earthlink.de, web: www.earthlink.de | **Redaktion:** Bernhard Henselmann (ViSdP), Lydia Stehberger | **Layout:** Lydia Stehberger, Bernhard Henselmann | **Mitarbeit und Recherchen:** Anila Fischer, Nicoletta Pagiat, Inka Rehbein, Konstantin Rückert, Miriam Storf, Nicole Matern, Timothy Schütz, Franziska Vesenmaier, Christian Wanninger | **Druck:** Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG | **Auflage:** 10.000 | Die Erstellung dieser Publikation wurde von der Europäischen Kommission unterstützt im Rahmen des Projektes Facing Finance. Die Inhalte reflektieren nicht notwendigerweise die Position der Europäischen Kommission.



Position der Europäischen Kommission.

Zukunftsweisende Investitionen

Um die Renten künftiger Generationen zu sichern, investiert Norwegen die Einnahmen aus seinem Öl-Geschäft in einen staatlichen Pensionsfonds. Dieser gehört aufgrund des Rohstoffreichtums des Landes nicht nur zu den größten Investmentfonds der Welt, sondern ist gleichzeitig auch ein Vorbild in Sachen Transparenz und Ethik.

Während in Deutschland und anderen Ländern das Geld aus Rentenfonds in erster Linie renditeorientiert angelegt wird, investiert Norwegen das Geld des Pensionsfonds ausschließlich ethisch korrekt: Investiert wird nur in Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften, weder Menschenrechte verletzen, noch Korruption unterstützen oder Menschen und Umwelt schaden.

Ein eigens eingerichteter Ethikrat nimmt nach einem ausgearbeiteten Investitionsleitfaden Firmen genau unter die Lupe. Kommt die Kommission zu einem negativen Ergebnis, haben die Unternehmen die Möglichkeit sich zu diesem Urteil zu äußern und es glaubhaft zu widerlegen. Können sie dies nicht, kommen sie auf eine sogenannte Ausschlussliste, die auf der Internetseite des norwegischen Finanzministeriums veröffentlicht wird. In Firmen auf dieser Liste, investiert der staatliche Pensionsfonds nicht, auch wenn ihm dadurch Gewinne entgehen. Die Anlagepolitik wird dokumentiert



Foto: Jörg Böthling / www.visualindia.de
Befruchtung hybriden Baumwollsaatguts ist Handarbeit - und oft Kinderarbeit.

und im Internet veröffentlicht. Damit ist der Norwegische Pensionsfonds der erste Pensionsfonds, der seine Investitionspolitik transparent macht.

Seit 2004 wurden bereits über sechzig Unternehmen aus dem Portfolio gestrichen. Unter ihnen sind viele Unternehmen, die im

Rüstungssektor tätig sind, wie zum Beispiel der südkoreanische Streumunitionshersteller Hanwha oder auch die in der Atomwaffenproduktion tätigen Unternehmen Serco und GenCop. Aber auch Unternehmen, die durch umweltschädliches Verhalten oder durch Menschenrechtsverletzungen auffallen werden auf die schwarze Liste gesetzt. Prominentes Beispiel hierfür ist der weltgrößte Einzelhandelskonzern Walmart, der wegen Missachtung von Menschen- und Arbeitnehmerrechten, Dumpinglöhnen sowie Kinderarbeit in den Zuliefererbetrieben im Jahr 2005 auf die Ausschlussliste gesetzt wurde. Ebenso schloss der Norwegische Pensionsfonds den indischen Saatguthersteller Zuari Agro Chemicals Ltd. wegen unakzeptablem Risiko aus seinem Portfolio aus. Das Unternehmen hatte nach Erkenntnissen des Ethik-Rates für die notwendige künstliche Befruchtung des hybriden Baumwollsaatguts Kinder in großem Ausmaß beschäftigt und ausgebeutet.

Ein Jahr Waffenhandelsvertrag

Staaten verzögern internationale Rüstungsexportkontrolle

Ein Jahr nach Verabschiedung des internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen mahnt Amnesty International die Umsetzung des Abkommens an.

„Dieser Vertrag kann ein wichtiges Mittel der internationalen Gemeinschaft sein, um unverantwortliche Waffenexporte zu stoppen und so Menschenrechte zu schützen“, sagt Mathias John, Rüstungsexperte von Amnesty International in Deutschland. „Allerdings müssen den Worten nun auch Taten folgen. Zunächst müssen schnell weitere Staaten den Vertrag ratifizieren, um die Zahl von 50 Staaten zu erreichen, die notwendig sind, damit der Vertrag in Kraft tritt.“

Mit der angekündigten Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von 17 EU-Staaten - darunter Deutschland - und El Salvador in New York rückt dieses Ziel mit dann insgesamt 31 Ratifizierungen näher. „Zu viele Staaten haben den Vertrag bisher nur unterzeichnet, aber nicht ratifiziert - hier besteht dringender Handlungsbedarf“, sagt John. „Außerdem haben 43 Staaten noch nicht einmal unterzeichnet, obwohl sie für den Vertrag gestimmt hatten.“

Amnesty begrüßte zwar die Ankündigung, dass Deutschland den Vertrag vor seinem Inkrafttreten vorläufig anwenden würde, es gelte nun aber auch, die vereinbarten Menschenrechtsklauseln konsequent auf deutsche Rüstungsexporte anzuwenden, forderte John. Deutsche Rüstungsexportgenehmigungen berücksichtigen nach Auffassung von Amnesty häufig zu wenig das Risiko für die Menschenrechte. „Wir haben in vielen Fällen Zweifel, dass die bisherige deutsche Praxis mit der Menschenrechtsklausel des Waffenhandelsvertrags vereinbar ist“, sagt John. „Auch deshalb brauchen wir mehr Transparenz über Deutschlands Rüstungsexporte und deren Verwendung.“ Amnesty fordert die Bundesregierung auf, die Menschenrechtsklausel gesetzlich zu verankern, Endverbleib und Endnutzung genehmigter Rüstungstransfers wirksam zu kontrollieren und ihr Berichtswesen nachhaltig zu verbessern.

GASTBEITRAG VON KORINNA HORTA

Fehlgeleitete Armutsbekämpfung

Terror gegen Kleinbauern, schwere Menschenrechtsverletzungen, der Einsatz einer paramilitärischen Privatarmee. All das unterstützt von Finanzmitteln, die der Armutsbekämpfung dienen sollen?

Die „stillschweigende Kultur moralischer Verwahrlosung“ (Die Zeit, Ist Ethik käuflich, 9. Januar 2014) assoziieren wir mit Strategien der Gewinnmaximierung. Jetzt bemühen sich zumindest Teile des Privatsektors um ethische Handlungsmaßstäbe. Aber ausgerechnet dort, wo Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung als oberste Ziele genannt werden, nämlich bei öffentlich finanzierten multilateralen Entwicklungsbanken, wie der Weltbank-Gruppe, bestehen weiterhin erhebliche Defizite in Sachen sozialer Verantwortung.

Armut reduzieren und Nachhaltigkeit fördern sind die offiziellen Ziele der Weltbank. Diese gelten auch für die International Finance Corporation (IFC), ihre Privatsektor-Tochter. Weil der Privatsektor letztendlich der Motor von Entwicklung sein soll, gewinnt die IFC zunehmend an Einfluss innerhalb der Weltbank. Zudem ist sie die größte globale Entwicklungsinstitution mit Fokus auf den Privatsektor.

Allerdings besteht eine Kluft zwischen den erhabenen Zielen und der Realität des täglichen Geschäfts. Das belegt erneut ein Prüfungsbericht der internen, aber unabhängig agierenden Kontrollstelle CAO (Compliance Advisor Ombudsman). Dem im Januar

veröffentlichten CAO-Bericht zufolge, hat ein IFC-Kredit an den Palmölproduzenten Dinant im Nordosten von Honduras massiv gegen die eigenen Sozial- und Umweltstandards verstoßen. Die betroffenen Kleinbauern wurden weder informiert, noch konsultiert und schon gar nicht geschützt, während Großgrundbesitzer Dinant Millionensummen einsteckte. Dabei ist Dinant für skrupellosen Landraub - auch mit Einsatz von Todesschwadronen - bekannt. Dinant profitierte auf zweifache Art. Außer dem direkten Kredit an den Palmöl-Konzern, investierte die IFC 70 Millionen US-Dollar in Ficohsa, einen Finanzintermediären, bei dem Dinant dritt größter Kunde ist.

Der Trend ist, immer mehr Gelder über Finanzintermediäre abfließen zu lassen. Mittlerweile macht diese Art der Kreditvergabe schon fast die Hälfte des IFC Portfolios aus. Aber weiß die IFC, ob diese Gelder effektiv dazu beitragen, Armut zu reduzieren? Schon im Februar 2013 veröffentlichte die Kontrollstelle CAO eine Untersuchung dazu mit verheerenden Resultaten: Die IFC weiß kaum etwas über die Umwelt- und Sozialauswirkungen ihrer Investitionen in Finanzintermediäre, wie Private Equity Funds und Geschäftsbanken.

Das Ausmaß von möglichen Interessenkonflikten von IFC Mitarbeitern ist nicht bekannt. Letzten Dezember kündigte IFC striktere Regeln an nachdem publik geworden war, dass ein früherer IFC Direktor und ein Vizepräsident in die Privatsektorunternehmen überwechselten, denen sie zuvor mit öffentlich-garantierten Geldern unter die Arme gegriffen hatten.

Wenn Probleme der IFC an die Öffentlichkeit geraten, reagiert sie vorhersehbar: Dies sei alles Schnee von gestern, längst wären Richtlinien verbessert worden und es handele sich um einen Einzelfall.

Aber es sind keine Einzelfälle. CAO Berichte - wie auch andere interne Weltbankevaluierungen - zeigen ein tiefer sitzendes Problem, das die ganze Weltbank-Gruppe betrifft: Eine institutionelle Kultur, wo der eigene ökonomische Erfolg - gemessen an der Quantität der abgeflossenen Gelder - als oberste Priorität gilt, unabhängig davon, ob Ziele der Armutsreduzierung tatsächlich erreicht werden oder nicht bzw. sogar das Gegenteil eintritt. Niemand wird zur Verantwortung gezogen.

Ein Beispiel ist das Erdölprojekt im Tschad und der dazugehörigen Pipeline durch das benachbarte

Kamerun. Es sollte ein Modell für Public-Private Partnerships sein und zeigen wie die Weltbank gemeinsam mit Ölkonzern Exxon Mobil Armut in einem der ärmsten Länder Afrikas abbaut. Nach einer Gesamtinvestition von circa 7 Milliarden US-Dollar, ist der Tschad nun schon seit zehn Jahren Erdölexporteur. Aber die sozialen Indikatoren des Landes haben sich weiter verschlechtert. Dramatisch ist die Situation in der Region, wo das Erdöl gewonnen wird. Dort haben die Menschen kein Land, kein Wasser und aufgrund der Militarisierung des Gebiets keine Bewegungsfreiheit. Auch eine Evaluierung der Weltbank fand, dass das Ziel Armut zu reduzieren nicht erreicht worden wäre und die „Regierungsführung“ (sprich massive Korruption und Menschenrechtsverletzungen) sich verschlechtert habe.

Erstaunlich ist, dass eine im Oktober 2013 angekündigte neue Weltbank-Strategie zur Armutsbekämpfung als Neuheiten ankündigt, was schon im Tschad Projekt eine fundamentale Rolle gespielt hatte. Dazu gehört der Fokus auf Public-Private Partnerships, die Förderung transformativer Projekte und größere Risikobereitschaft. Institutionelle Amnesie? Aus dem Tschad Debakel ist scheinbar nichts gelernt worden.

Als eines der wichtigsten Geberländer könnte Deutschland Einfluss auf die Weltbank ausüben. Das zuständige Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit will bei bilateralen Aktivitäten einen Menschenrechtsansatz anwenden. Das sollte auch in Deutschlands bedeutendem Beitrag zur Weltbank und anderen multilateralen Entwicklungsbanken durchgesetzt werden. Parlamentarische Aufsicht und eine besser informierte Öffentlichkeit sind hierbei notwendig.



Foto: urgewald

Dr. Korinna Horta, Wissenschaftlerin (Ökonomie/ Geographie) arbeitet zu Umwelt- und Sozialstandards multilateraler Entwicklungsbanken. Von 1990-2009 war sie in Washington bei der Umweltorganisation Environmental Defense Fund. Sie ist Autorin zahlreicher internationaler Publikationen. Seit 2010 arbeitet sie bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald (www.urgewald.org).



Gutes Geld aus München

Die Landeshauptstadt München erweist sich unter Deutschlands Kommunen als Vorreiter in Sachen nachhaltigem Handeln. Bereits seit Anfang 2008 berücksichtigt die 1,3 Millionen Einwohner Stadt bei der Anlage von Wertpapieren auch ökologische und ethische Kriterien. Einstimmig verabschiedete der Stadtrat den Beschluss zur Neuausrichtung des Vermögensmanagements nach nachhaltigen Gesichtspunkten. Doch mit einem solchen Beschluss steht München nach wie vor alleine da.

Bereits seit einigen Jahren geht der Trend zu nachhaltigen Geldanlagen. Investoren fassen nicht nur die Rendite ins Auge, sondern fokussieren immer mehr die Zweckbestimmung ihrer Anlage. „Nachhaltigkeit ist ein Leitbild für eine zukunftsfähige, langfristig für alle Menschen tragbare Entwicklung“, heißt es in dem Münchner Stadtratsbeschluss. Doch was ist nachhaltig? Der Antrag von Bündnis 90/Grüne und der Rosa Liste, auf den hin der Münchner Stadtrat handelte, beruft sich auf eine Definition der Brundtland-Kommission: Nachhaltigkeit sei eine Entwicklung „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“.

Für einen Teil der Münchner Geldanlagen gelten deshalb seit 2008 neben den drei Hauptkriterien Sicherheit, Rentierlichkeit und Verfügbarkeit nun auch ökologische und soziale Kriterien. Unternehmen, in die die Stadt investieren will, werden durch spezialisierte Ratingagenturen, wie beispielsweise oekom research, auf ihr Handeln bewertet. Die Stadt München ist verpflichtet, in Körperschaften bzw. Unternehmen zu investieren, die gemäß der Brundtland-Definition nachhaltig agieren und die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Dazu gehören zum Beispiel die Emissionseffizienz von Produktionsprozessen oder soziale Standards bei Lieferanten und Mitarbeitenden. Außerdem legte der Beschluss fest, dass dem Stadtrat jedes Jahr ein Bericht über die Anlagestruktur und den Anteil der ethischen und ökologischen Investitionen erstattet wird. Im ersten Schritt zur Verwirklichung des neuen Beschlusses



Foto: Nagy / Presseamt München

Der Münchner Stadtrat beschloss bereits 2008, dass ethische und ökologische Kriterien bei kommunalen Geldanlagen zu beachten sind.

flossen Beiträge in Höhe von 50 Millionen Euro der freiwilligen Pensionsrücklage in einen Spezialfonds, der nach ethischen und ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet ist. Für diesen hatten sich auf eine Ausschreibung hin gleich mehrere Kapitalanlagegesellschaften beworben. Ende 2012 war das Fondvermögen bereits auf 60 Millionen Euro angewachsen, alle in ihm enthaltenen Anlagen verfügen über ein ESG-Rating von A oder B – also im obersten Bereich.

Im Beschluss wird immer wieder betont: Nachhaltige Geldanlagen bedeuten keine Renditeverluste. Erfahrungen und Studien zeigen, dass die Anlageauswahl nach zusätzlichen Nachhaltigkeitskriterien keine systematischen Vor- oder Nachteile in der Rendite mit sich bringe. Im Gegenteil: Indem zukunftsfähige Entwicklungen gefördert würden, entstehe ein Zusatznutzen. So würden auch etwas niedrigere Dividendenausschüttungen akzeptabel. Außerdem zeichneten sich ethische und ökologische Unternehmen durch ein modernes Management aus – wenn nachhaltige Kriterien künftig Gesetz würden, wäre dies ein gewaltiger Wettbewerbsvorteil. Auch die Finanzkrise der vergangenen Jahre zeigte, dass

der Spezialfonds der Stadt München nicht schlechter abschloss als andere Fonds. Inzwischen bekennen sich zwar viele Städte und Kommunen zu ihrer sozialen und ethischen Verantwortung auch über ihre eigenen Stadtgrenzen hinaus. In die Kammereien

scheint dies jedoch noch nicht vorgedrungen zu sein, denn München ist auch 5 Jahre nach dem wegweisenden Beschluss noch immer die einzige Kommune, die ihr Vermögensmanagement auch nach ethischen und ökologischen Kriterien ausrichten will.

NACHGEFRAGT:

Investieren Städte nachhaltig?

Auch in Zeiten, in denen die Kommunen über Löcher im Haushalt zu klagen haben, benötigen sie finanzielle Rücklagen für ihre Verpflichtungen in der Zukunft. Verantwortliches Management kommunaler Geldanlagen erstreckt sich dabei nicht nur darauf, Rücklagen sicher und Ertrag bringend anzulegen. Vielmehr erwarten die Bürgerinnen und Bürger auch, dass öffentliche Gelder nicht in Unternehmen und Bereiche investiert werden, die von Verletzung von Menschenrechten, Umweltzerstörung, Nahrungsmittelspekulation, Korruption oder vom Handel mit völkerrechtswidrigen Waffen profitieren. Sind die deutschen Städte schon soweit?

Welt & Wirtschaft hat nachgefragt beim Deutschen Städtetag, der sich als Stimme der Städte in Deutschland versteht. Helmut Dedy, ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers und Leiter des Dezernats Finanzen, stand Rede und Antwort.

Welt & Wirtschaft: Herr Dedy, wie weit ist das Thema „Nachhaltigkeit“ in den deutschen Städten angekommen?

Helmut Dedy: Für die Kommunalpolitik ist Nachhaltigkeit kein Modetrend oder Selbstzweck, sondern der zentrale Ansatz, um die Zukunftsfähigkeit unserer Städte zu sichern. Die Städte orientieren sich seit Jahren am Leitbild der Nachhaltigkeit auf der Grundlage der Agenda 21. Wer auf Dauer erfolgreich sein will, muss die Spielregeln der Nachhaltigkeit beherrschen. Dies erfordert den Willen und die Fähigkeit, in längeren Zeiträumen zu denken. Wir sehen dies auch als eine Frage der Generationengerechtigkeit an.

Welt & Wirtschaft: Und wie sieht das konkrete Handeln aus?

Helmut Dedy: Nachhaltigkeit ist Treiber für einen strategischen öffentlichen Einkauf geworden. Seit vielen Jahren setzen sich die Städte für ökologische und soziale Standards bei der Beschaffung ein. Die Rahmenbedingungen sind dafür sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene verbessert worden, reichen aber



Foto: Deutscher Städtetag

Helmut Dedy, ständiger Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers, Leiter des Dezernats Finanzen

immer noch nicht aus. Und zum Teil sind sie derart komplex ausgestaltet, dass sie Vergaben eher erschweren.

In den kommunalen Vertretungen sind Beschlüsse für Vergaben, die alle drei Dimensionen der Beschaffung berücksichtigen, also Ökologie, Ökonomie und Soziales, zur Selbstverständlichkeit geworden. Allerdings überwiegen noch immer die ökonomischen Aspekte bei der letztendlichen Vergabeentscheidung, was ange-

Kommunale Vermögensverwaltung

Kommunen haben bei der Auswahl ihrer Kapitalanlagen drei Grundprinzipien zu beachten: Ausreichende Sicherheit, Sicherstellung der Verfügbarkeit und angemessenen Ertrag. Dieses klassische Dreieck - Risiko - Liquidität - Rendite - der in der kommunalen Vermögensverwaltung zu beachtenden Bedingungen, erweiterte sich in den letzten Jahren zunehmend um eine vierte Dimension: Die Nachhaltigkeit.

Gemeint sind damit Kriterien der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit sowie der „good governance“, also gute Unternehmensführung. Diese zusätzlichen ESG-Kriterien (environment - social - governance) zu beachten wird weniger als Einschränkung, sondern vielmehr als Möglichkeit gesehen, die geltenden Anforderungen an Rendite und Risiko besser zu erfüllen.

sichts der Finanzsituation vieler Kommunen auch nicht verwundert.

Welt & Wirtschaft: Welche Rolle spielt ethisches Vermögensmanagement in der kommunalen Finanzplanung? Wie können Kommunen ihre finanziellen Rücklagen anlegen?

Helmut Dedy: Die Städte sind beim Umgang mit kommunalem Vermögen den Haushaltsgrundsätzen verpflichtet. Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten, sie sollen einen angemessenen Ertrag erbringen.

Welt & Wirtschaft: Wie arbeitet der Deutsche Städtetag im Bereich des Vermögensmanagement mit den Städten zusammen?

Helmut Dedy: Der Städtetag organisiert den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedsstädten. In unseren Gremien im Finanzbereich sind Fragen der Finanzierung kommunaler Aufgaben, Fragen der Finanzsteuerung in den Städten wesentlicher Schwerpunkt dieses Austausches.

Welt & Wirtschaft: Herr Dedy, vielen Dank für das Gespräch.

Studium „Sozial verantwortliches Finanzwesen“ gestartet

Im Januar 2014 startete die Erprobungsphase des Projekts Studica – „Studieren à la carte“ an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft – zunächst in ausgewählten Studienbereichen, darunter auch „Sozial verantwortliches Finanzwesen“.

Interessierte können sich je nach persönlichen und beruflichen Fähigkeiten und Bedürfnissen aus den dafür geöffneten Angeboten der Hochschule flexibel ein für sie geeignetes individuelles Studienprogramm zusammenstellen. Behandelte Themen sind Finanzmarktkrise, Nachhaltiges Bankwesen und Geldanlagen, Kreditvergabe im Spannungsfeld

wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ziele, Microfinance, Social Banking, Stakeholder- und Gemeinwohlorientierung. Im Studium werden Online-, Präsenz- und Praxistransferphasen kombiniert.



Weitere Informationen unter www.alanus.edu/studica

ANALYSE DES STOXX EUROPE 50 INDEX

Finanzsektor wenig nachhaltig

Die Mehrheit der Banken und Finanzdienstleister kann zur Zeit nicht als nachhaltig angesehen werden, da sie Nachhaltigkeitsrisiken nicht systematisch bewerten, unterbinden und ausweisen.



Foto: Seemitch / Dreamstime

Sie finanzieren und versichern nach wie vor kontroverse Aktivitäten, wie beispielsweise die Produktion von fossiler und atomarer Energie, von Waffen oder Infrastrukturprojekte die Menschenrechte verletzen.

Zu diesem Urteil kommt Inrate, eine unabhängige Nachhaltigkeits-Rating-Agentur aus der Schweiz, in ihrer Studie „Sustainability Guide 2013“, in der sie Nachhaltigkeitsleistungen von Sektoren und Unternehmen im STOXX Europe 50 Index genauer

unter die Lupe genommen und bewertet hat.

Die neue Nachhaltigkeitsbewertung von Inrate setzt nach eigenen Aussagen den Schwerpunkt auf die ökologischen und sozialen

Auswirkungen von Unternehmen. Inrate stellte aber auch fest, dass einige Finanzunternehmen gezielt umstrittene Aktivitäten aus ihrem Geschäft gestrichen haben und sieht diese damit in einer Vorreiterrolle in ihrer Branche.

Auch wenn die Rating-Agentur feststellt, dass bei Investitions- und Kreditentscheidungen zunehmend auch Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien berücksichtigt werden, so bliebe doch unklar, welches Gewicht diese tatsächlich hätten.

DEUTSCHE BANKEN INVOLVIERT

Finanzierung von Nuklearwaffen

Im „Don't bank on the bomb“-Report der Anti-Atomwaffenkampagne ICAN wurden 298 Banken, Versicherungen, Rentenkassen und weitere Finanzinstitute weltweit gelistet, die in Entwicklung, Tests, Produktion und Wartung von Atomwaffen und atomwaffenfähigen Trägersystemen involviert sind.

Die Mehrheit dieser Finanzinstitute befindet sich mit einer Anzahl von 175 in Nordamerika, doch auch in Europa werden 65 Institute - acht davon in Deutschland - beschuldigt, in die Herstellung von nuklearen Waffen zu investieren.

Rund 7,6 Milliarden Euro wurden entsprechenden Unternehmen von einheimischen Finanzinstituten in Form von Anleihen, Krediten oder Aktien zur Verfügung gestellt. Spitzenreiter ist die Deutsche Bank mit 3,6 Milliarden Euro, gefolgt von der Commerzbank (1,8 Milliarden Euro) und der Allianz SE (1,1 Milliarden Euro). Doch auch öffentliche Banken sind gelistet, wie die Bayerische Landesbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Durch ihre finanzielle Beteiligung unterstützen sie beispielsweise die Airbus Group, die seegestützte Atomraketen für die französische Marine produziert oder die ThyssenKrupp AG, die für die Lieferung von drei U-Booten der Dolphin-II-Klasse



Foto: John Wollwerth / Dreamstime

Nuklearrakete startbereit

an Israel kritisiert wird.

Im „Don't bank on the bomb“-Report werden Finanzinstitute, die sich in ihren Satzungen gegen Geschäfte mit Atomwaffenher-

stellern aussprechen durch die Aufnahme in die „Hall of Fame“ ausgezeichnet: Für viele Kunden sicher ein wichtiger Grund für die Auswahl ihrer Bank.

Ethisches Investment rechnet sich doppelt

Nach ethischen Gesichtspunkten ausgewählte Geldanlagen können nicht nur eine mindestens marktgerechte Rendite erwirtschaften, sondern gleichzeitig soziale, umweltbezogene oder ethische Ziele verfolgen. Das zeigen zahlreiche vergleichende Finanz-Studien der letzten Jahre.

Nach Angaben der Global Sustainable Investment Alliance (GSIA) werden weltweit bereits mehr als 10,3 Billionen Euro (Stand 2012) unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und governancebezogener Kriterien angelegt. Wenn auch die Anforderungen an die jeweiligen Kriterien je nach Investor, Region oder Branche sicherlich sehr unterschiedlich sein mögen, entspräche dieser Betrag einem Marktanteil von fast 22 Prozent, so die Studie. Nachhaltiges Investment ist somit schon lange keine Randerscheinung mehr und hat sich bereits im Markt etabliert.

Auch in Deutschland wuchs der nachhaltige Anlagemarkt in den vergangenen Jahren kräftig: Laut Angaben des Forum Nachhaltige Geldanlagen (FNG) liegt der Betrag der nachhaltigen Geldanlagen in Deutschland inzwischen bei über 73 Milliarden Euro (Stand 2012) – zum Vorjahr ein Wachstum von über 16 Prozent.

„Nachhaltige Geldanlagen ist die allgemeine Bezeichnung für nachhaltiges, verantwortliches, ethisches, soziales, ökologisches Investment und alle anderen Anlageprozesse, die in ihre Finanzanalyse den Einfluss von ESG (Umwelt, Soziales und Governance)-Kriterien einbezie-

hen.“, definiert das Forum Nachhaltige Geldanlagen auf seiner Website. Demnach ergänzen sie die klassischen Kriterien der Rentabilität, Liquidität und Sicherheit um ökologische, soziale und ethische Bewertungspunkte. Nachhaltige Anleger verfolgen das Ziel, Werte und Verantwortung auch bei ihren Investitionen zu vertreten. Ethische Grundprinzipien sind also zunächst die treibenden Kräfte dieser Investitionen.

Investoren gehen aber auch davon aus, dass die Qualität des Nachhaltigkeitsmanagements die Tauglichkeit der Unternehmenspolitik widerspiegelt. Wer also fair handelt, ein gerechtes Miteinander mit seinen Angestellten pflegt und darüber hinaus Wert auf

soziale und ökologische Standards legt, den hält man für im Stande, ein Unternehmen ethisch korrekt zu führen. Im Umkehrschluss würde ein schlechtes Nachhaltigkeitsrating auf eine schlechte Unternehmensführung hinweisen und somit auf erhöhte Risiken.

Für diese These existieren zahlreiche Beispiele: Enron (Insolvenz 2001), Worldcom (Insolvenz 2002) und ebenso Lehman Brothers (Insolvenz 2008) wurden

bereits lange bevor die wirtschaftlichen Schwierigkeiten publik wurden von oekom research, einer der heute führenden Rating-Agenturen im nachhaltigen Anlagensegment, negativ bewertet.

Das noch immer häufig angeführte Hauptargument, jede Einschränkung des Anlageuniversums, beispielsweise durch Nutzung kritischer Ausschlusskriterien, würde zu einer Einschränkung der Renditechancen und einem höheren Risiko führen, lassen Anlageexperten nicht mehr gelten.

Alexander Schindler, Mitglied des Vorstands der Union Asset Management Holding AG zeigt sich vom Ergebnis eines Forschungsprojektes des Research Center for Financial Services der Steinbeis-Hochschule Berlin nicht überrascht: Die auf der Analyse von fast 200 themenrelevanten wissenschaftlichen Studien und eigenen Berechnungen basierende Steinbeis-Studie stellt fest, „dass nachhaltige Investmentkonzepte grundsätzlich keine Performance-

nachteile haben, stattdessen aber dazu beitragen können, Ereignisrisiken zu reduzieren.“

Vor dem Hintergrund der offensichtlichen Vorteile, die eine Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Kapitalanlage bieten, sind inzwischen viele Investoren bereit, ihren Anlageprozess dementsprechend anzupassen und die zusätzlichen Aspekte systematisch mit einzu beziehen. Der positive Einfluss auf Rendite und Risiko könnten auch das kommunale Vermögensmanagement mehr Sicherheit bei

angemessenen Erträgen bringen.

Naheliegende Konsequenz: Wenn ethisches Investment das Grundprinzip der kommunalen Vermögensverwaltung positiv

Wenn ethisches Investment kommunale Vermögensverwaltung positiv beeinflusst, sind Asset Manager in ihrer Stellung als Treuhänder geradezu gezwungen die entsprechenden Kriterien einfließen zu lassen.

beeinflusst, sind Asset Manager in ihrer Stellung als Treuhänder geradezu gezwungen die betreffenden Kriterien mit einfließen zu lassen. Dadurch kann die bisherige Rechtfertigung, ESG-Kriterien seien ein rein optionaler Zusatz, widerlegt werden. Künftig werden Kämmerer im kommunalen Bereich mehr Vermögensverwalter finden können, die sie im nachhaltigen Investieren fachkundig unterstützen können.

Ethisches Investment

Es waren Anhänger der methodistischen Kirche, die bereits im 18. Jahrhundert bei der Kapitalanlage darauf achteten nicht in Brauereien, Glücksspiel oder Prostitution zu investieren. Die zweifelhaften Geldanlagen widersprachen den fest in ihrem Glauben verankerten moralischen Grundsätzen.

Das moderne nachhaltige Vermögensmanagement kam dann Mitte der 1960er Jahre auf. Mit dem Vietnamkrieg, der Apartheid in Südafrika und weiteren Formen des Rassismus erlangte der Gedanke des ethischen Investments neue Aufmerksamkeit.

Seit den 1980ern drängte sich der ökologische Aspekt bei nachhaltigen Geldanlagen immer mehr in den Vordergrund. Zahlreiche Naturkatastrophen oder Atomunfälle schärfen die Blicke bezüglich der ökologischen Nachhaltigkeit von Geldanlagen. Für Unternehmen und Banken wurden eine „grüne“ Geschäftsführung und umweltfreundliche Investitionsmöglichkeiten immer wichtiger, um das Vertrauen ihrer Kunden zu gewinnen.

Aktuelle Debatten um die Begrenztheit natürlicher Ressourcen, die Finanzspekulationen um Nahrungsmittel oder den Klimawandel mit seinen ökologischen und sozialen Folgen verstärken die Nachfrage nach ethischem Investment. Anleger wollen wissen, was mit ihrem Geld passiert und es mit gutem Gewissen anlegen können.

NACHHALTIGKEITSKODEX IN DER FINANZWIRTSCHAFT

Sparkassen-Finanzgruppe kooperiert mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) haben eine Kooperationsvereinbarung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) beschlossen. Ziel der Zusammenarbeit ist eine stärkere Transparenz des nachhaltigen Wirkens von Sparkassen und ihren Verbundunternehmen durch eine Nachhaltigkeitsberichterstattung im Sinne des Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

Hannover als erste Sparkasse und die DekaBank, das zentrale Wertpapierhaus der Sparkassen-Finanzgruppe, verpflichteten sich gleichzeitig, den Deutschen Nachhaltigkeitskodex anzuerkennen.

„Mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung einen besonderen Finanzpartner gefunden, da die Sparkassen bereits auf eine 200-jährige Geschichte zurückblicken können und sich einem ressourcenschonenden und substanzerhaltenden Wirtschaften verpflichtet haben“, so Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

„Nachhaltigkeit zählt zu den Gründen, weswegen Geld bei Sparkassen nicht nur gut, sondern besser angelegt ist. Sparkassen stärken kommunale Geld- und Wirtschaftskreisläufe, sichern Arbeitsplätze und engagieren sich für das Allgemeinwohl“, sagte DSGV-Präsident Georg Fahrenschon in Frankfurt.

Die Sparkassen-Finanzgruppe ist der erste kreditwirtschaftliche Verbund in Deutschland, der mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) kooperiert. Marlehn Thieme: „Die Kooperation mit dem DSGV ist ein wichtiger Schritt, um das Thema Nachhaltigkeit in Unternehmensstrategien breiter zu verankern und den Kapitalmarkt



Foto: DSGV

RNE-Vorsitzende Marlehn Thieme (2. von links) und DSGV-Präsident Georg Fahrenschon (3. von links) vereinbarten eine Kooperation zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Walter Kleine (links), Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Hannover, und Michael Rüdiger (rechts), Vorstandsvorsitzender der DekaBank, unterzeichneten den Nachhaltigkeitskodex für die ersten beiden Finanzinstitute.

für das Thema zu sensibilisieren.“

„Nachhaltiges Wirtschaften ist keine Floskel, sondern überprüfbarer Kern unseres Geschäftsmodells. Wir verstehen unseren gemeinwohlorientierten Auftrag so, Wohlstand und Lebensqualität in der Region zu fördern. Das ist nur möglich, wenn wir auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region stärken und sorgfältig mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Als Unterzeichner des Deutschen Nachhaltigkeitskodex werden wir über unseren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Region Hannover ab jetzt regelmäßig öffentlich berichten“, so Walter Kleine, Vorstandsvorsit-

zender der Sparkasse Hannover.

„Die DekaBank setzt sich zum Ziel, Nachhaltigkeit über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg zu betrachten. Wir sind überzeugt davon, dass nachhaltiges Handeln unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf Dauer unterstützen wird“, sagt Michael Rüdiger, Vorstandsvorsitzender der DekaBank.

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex benennt wertebasierte Kriterien für das nachhaltige Wirtschaften. Seine Anwendung ist freiwillig. Der Nachhaltigkeitskodex ist vom RNE nach einem ausführlichen Dialogprozess mit Vertretern von Konzernen und

mittelgroßen Unternehmen sowie von Finanzanalysten und -dienstleistern erarbeitet worden. Sein Ziel ist eine gut handhabbare und auf das Wesentliche im Geschäftsmodell eines Unternehmens abstellende Erklärung über die ökologische, soziale und ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit, die auch Kriterien der guten Unternehmensführung einbezieht.

Im Rahmen der Kooperation erkennt der Rat für Nachhaltige Entwicklung den eigens für Sparkassen entwickelten Kriterienkatalog zur Nachhaltigkeitsberichterstattung an. Darin sind 60 Indikatoren festgeschrieben,

welche die Nachhaltigkeit der Geschäftstätigkeit, der Engagements und des öffentlichen Auftrags von Sparkassen in ihren Kommunen transparent machen.

Die Systematik orientiert sich an den Leitsätzen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex sowie an den branchenspezifischen Berichtsleitlinien der Global Reporting Initiative für Finanzdienstleister (GRI FS). Mit dem Indikatoren-Set können Sparkassen nun „Berichte an die Gesellschaft“ veröffentlichen und damit systematisch transparent machen, wie sie mit ihrer unternehmerischen Haltung, ihren nachhaltigen Produkten und gesellschaftlichen Initiativen die Wohlstandsentwicklung in ihrer Kommune stärken.

Newsletter „Nachhaltige Investments“

Der vom Handelsblatt herausgegebene monatliche Newsletter „Nachhaltige Investments“ bietet im kostenlosen monatlichen Abonnement Neuigkeiten, Trends und Research-Ergebnisse rund um das Renditestreben mit ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien. Er analysiert und vergleicht Produkte und Asset Management-Ansätze und ordnet Marktentwicklungen ein.

Unter www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de kann der Newsletter abonniert werden.



NAHRUNGSMITTELSPEKULATION

Im Zweifel gegen die Angeklagten

Seit Jahren schon machen Nichtregierungsorganisationen auf die vermeintlichen Folgen der Nahrungsmittelspekulation aufmerksam und plädieren für Restriktion und umfassende Transparenz.

Unter anderem für die Deutsche Bank zählt die Spekulation mit Rohstoffen zu den Wachstumssegmenten im Kapitalmarktgeschäft und gerade im Bereich der Nahrungsmittel werden besonders hohe Renditen erzielt. Das scheint auch der Hauptgrund zu sein, warum die Bank trotz möglicher Imageschäden an dem umstrittenen Geschäftsmodell festhält. Denn laut einer repräsentativen Forsa-Umfrage halten 84 Prozent der Bundesbürger Spekulation mit Lebensmitteln für nicht akzeptabel. Private Sparer wissen meist überhaupt nicht, dass mit ihrem Geld auf Rohstoffmärkten spekuliert wird. Auch Pensionsfonds und Versicherungen sind an dem Geschäft beteiligt.

Zwar räumen die Verbraucherschutzorganisationen ein, dass es keine objektive Klarheit zum Einfluss der Nahrungsmittelspekulation gibt – doch die Indizien

seien erdrückend.

Es gäbe zahlreiche wissenschaftliche Hinweise darauf, dass die Finanzprodukte der Banken zu spekulativen Blasen auf den Warenterminbörsen für Agrarrohstoffe beitragen und die Nahrungsmittelpreise instabil machen und so neben anderen Faktoren zu einer Verschärfung von Armut und Hungerkrisen beitragen können, wie die Organisation Food Watch darlegt.

So lange konkrete Maßnahmen der Gesetzgeber ausbleiben, setzen die Kritiker auf die Ächtung derartiger Spekulationen durch potentielle Investoren. Politische Entscheidungsträger weisen sie auf das im Vertrag von Lissabon verankerte Vorsorgeprinzip hin, welches besagt, dass zum Schutz von Leib und Leben auch ohne endgültige Wahrheiten, also bereits auf Grundlage eines Verdachts gehandelt werden muss.

BUCH ZUM THEMA

Food Watch Report: Die Hungermacher

Der Autor Harald Schumann erklärt schlüssig und leicht verständlich, was sich an den Rohstoffbörsen abspielt und wie die dort getätigten Geschäfte mit dem weltweit zunehmenden Hunger und der Armut zusammenhängen. Zudem dokumentiert Schumann, wie die Deutsche Bank auf die Foodwatch-Kampagne reagierte und was bislang die Konsequenzen sind. Daraus ergeben sich ganz klare Forderungen an die Politik. Ein wichtiges Buch – ernüchternd und schockierend.



Taschenbuch, Fischer Verlag, ISBN: 978-3-596-19625-8, 9,99 €

NACHHALTIGKEIT MISSACHTET

Kritik an Pensionskassen

Wer glaubt, bei offiziell nachhaltig agierenden Firmen sei tatsächlich alles nachhaltig, der irrt. Denn bei vielen führenden Unternehmen, die laut Dow Jones Sustainability Index dementsprechend ausgerichtet sind, setzt sich der Nachhaltigkeitsgedanke in deren Pensionskassen kaum durch.

Dieses Ergebnis liefert eine Umfrage der Independent Capital Management AG im September 2013. Untersucht wurden die Anlagestrategien von im Index gelisteten Pensionskassen Schweizer Unternehmen. Dem Bericht zufolge verfüge keine der Pensionskassen der Unternehmen über ähnlich strikte Richtlinien wie die Unternehmen selbst. Die Einbeziehung nachhaltiger Kriterien hänge in der Praxis von den Überzeugungen der Mitglieder des Anlageausschusses ab. Festgeschriebene Richtlinien oder Ausschlusskriterien gäbe es jedoch bei vielen Pensionskassen überhaupt nicht. Die Schweizer Pensionskasse der Syngenta argumentierte, nachhaltige Anlageprodukte stünden in

Verbindung mit Renditeverlusten. Die Maximierung der Rendite gilt dem Bericht zufolge aber als wichtigstes Anlageziel von Pensionskassen. Auch die rechtliche Unabhängigkeit der Kassen sei ein Grund für die mangelhaft eingehaltenen Nachhaltigkeitskriterien. Doch auch ein positives Beispiel wird im Bericht verzeichnet: Bei der Pensionskasse der Züricher Kantonalbank müssen zumindest 30 Prozent des Wertschriftenvermögens nachhaltig angelegt werden. Das Anlagereglement verteidigt explizit die Vorteile, die nachhaltige Anlagen mit sich bringen. Die seien „die ideale Möglichkeit, die Langfristigkeit der Vorsorge mit langfristiger Wertgenerierung zu verbinden“.

CORRUPTION PERCEPTIONS INDEX 2013

Korruption stärker bekämpfen

Der von Transparency International jährlich veröffentlichte Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perceptions Index – CPI) zeigt auf, dass Machtmissbrauch, verborgene Machenschaften und Bestechung weiterhin verheerende Auswirkungen auf Gesellschaften in der ganzen Welt haben. Über zwei Drittel der 177 Länder im Index erzielen 2013 auf einer Skala von 0 (als sehr korrupt wahrgenommen) bis 100 (als korruptionsfrei wahrgenommen) weniger als 50 Punkte.

„Der Corruption Perceptions Index 2013 zeigt, dass alle Länder auf sämtlichen Regierungsebenen weiterhin von Korruption bedroht werden, angefangen bei der Vergabe lokaler Bewilligungen bis hin zur Durchsetzung von Gesetzen und Regulierungen“, sagt Huguette Labelle, Vorsitzende von Transparency International.

Im CPI 2013 teilen sich Dänemark und Neuseeland den Spitzenplatz mit 91 Punkten. Deutschland rangiert mit 78 Punkten auf Platz 12. Afghanistan, Nordkorea und Somalia schneiden mit je nur 8 Punkten am schlechtesten ab.

„Die Spitzenreiter machen deutlich, dass Transparenz Rechenschaft fördert und Korruption stoppen kann“, so Labelle. „Dennoch sehen sich die besser platzierten Länder mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, wie der Vereinnahmung von Politik und Staat, Politikfinanzierung und der Vergabe großer öffentlicher Aufträge.“

Der CPI basiert auf Experteneinschätzungen zu Korruption im öffentlichen Sektor. Ein guter Zugang zu Informationen und klare Regeln, die das Verhalten in öffentlichen Positionen betreffen, wirken sich positiv auf die Punktzahl aus, während sich fehlende Rechenschaftspflichten, gepaart mit ineffektiven öffentlichen Institutionen, negativ auf die Korruptionswahrnehmung auswirken. Korruption im öffentlichen Sektor bleibt laut Transparency International eine der weltweit größten Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen der politischen Parteien, der Polizei und des Justizsystems. Öffentliche Institutionen müssen bezüglich ihrer Arbeitsweise offener werden und Amtsträger ihre Entscheidungsfindungen transparenter gestalten. Die Aufdeckung und strafrechtliche Verfolgung von Korruption ist und bleibt offenkundig schwierig. Künftige Anstrengungen um dem Klimawandel, der Wirtschaftskrise und extremer Armut zu begegnen, werden durch Korruption massiv behindert, warnt Transparency International. Bereits 2011 stellte Transparency Internationals Experte für den Forst-Bereich fest, dass Korruption illegalen Holzeinschlag begünstigt und so die letzten intakten Urwälder der Welt zerstört.

Internationale Gremien, wie die G20, müssten härter gegen Geldwäsche vorgehen, Unternehmen zu mehr Transparenz veranlassen und auf die Rückführung gestohlener Vermögenswerte drängen.



Foto: World Economic Forum / Eric Miller

Huguette Labelle, Vorsitzende Transparency International

„Es ist an der Zeit, jene zu stoppen, die trotz korrupter Handlungen straffrei davon kommen. Die rechtlichen Schlupflöcher einerseits und ein Mangel an politischem Willen in Regierungen andererseits begünstigen die nationale wie internationale Korruption und verlangen nach stärkeren Bemühungen im Kampf gegen die Straflosigkeit der Korrupten“, sagt Labelle.

Jährlich werden Millionen Dollar Schmiergeld an Regierungen der Länder gezahlt, in denen Bodenschätze abgebaut werden. Denn meistens gehören die Staaten, die außerordentlich reich an Bodenschätzen sind, zu den ärmeren Ländern der Welt. In vielen dieser Staaten wurden in den letzten Jahren Bürgerkriege ausgetragen, die einheimische Bevölkerung ist gespalten und die Korruption im Land blüht.

Schmiergeld bildet für viele hohe Regierungsfunktionäre eine der Haupteinnahmequellen und ermöglicht es dem meist repressiven Regime seinen Machtapparat weiter auszubauen. Das Argument, eine wirtschaftliche Öffnung helfe der Bevölkerung der Entwicklungsstaaten, trägt unter diesen Umständen nicht mehr. Im Gegenteil: Durch die Stärkung einer korrupten Regierung verschlechtert sich vielmehr die Situation der Bevölkerung im betroffenen Land drastisch.

In den USA und der EU ist man sich der negativen Folgen bewusst und versucht dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Verschiedene Gesetze verpflichten Firmen zu

Das Urteil hätte kaum härter ausfallen können. Die Deutsche Bank habe „die Risikostruktur des Geschäfts bewusst zu Lasten des Kunden und zu ihrem Vorteil gestaltet“, stellte BGH-Richter Ulrich Wiechers fest.

Die Deutsche Bank muss an das mittelständische Unternehmen Ille aus Hessen 541.074 Euro „nebst fünf Prozent Zinsen“ zurückzahlen. So urteilte der Bundesgerichtshof im März 2011 in letzter Instanz. Genau diese Summe hatte das Unternehmen bei einem Zinswettgeschäft verloren, das ihm die Deutsche Bank 2005 verkauft hatte.

Das war nicht nur ein weiterer Schlag für den durch die globale Finanzkrise sowieso schon geschädigten Ruf der Deutschen Bank, sondern auch politisch brisant. Denn ähnliche Deals hatte der Geldkonzern auch mit rund 200 deutschen Kommunen oder deren Betrieben geschlossen. In Pforzheim etwa hatte sich die damalige Kämmerin Susanne Weishaar auf das Geschäft eingelassen, weil sie hoffte, damit die Zinslasten senken zu können. Stattdessen bescherte es der Stadt einen zweistelligen Millionenverlust. Doch Weishaar, die deshalb entlassen wurde, klagt, dass sie falsch beraten wurde. „Wir dachten, wir wenden uns an ein seriöses Institut“, erinnert sie sich. Dann aber habe die Bank ihnen etwas verkauft, „was vollkommen daneben für die Stadt war“. Dass das Geschäft unfair angelegt



Foto: World Economic Forum. swiss-image.ch/Photo by Monika Flueckiger

Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank im Jahr 2005

war, meint auch der Finanzexperte Jan Hartlieb, der in verschiedenen Verfahren als Gutachter über die umstrittenen Zinswetten herangezogen wurde. Diese hätten „ein völlig ungleiches Verhältnis der Chancen und Risiken zwischen Bank und Kommune“ enthalten. Um dieses richtig einzuschätzen zu können, bedarf es „finanzmathematischer Spezialkenntnisse“. Das sei „mit Sicherheit keinem Kämmerer, keinem kommunalen

Kunden möglich“.

Die insgesamt entstandenen Verluste für deutsche Kommunen belaufen sich nach Schätzung des Münchner Anwalts Jochen Weck auf bis zu eine Milliarde Euro. Die Deutsche Bank einigte sich aus Angst vor einer Klagewelle mit vielen Kommunen auf außergerichtliche Schadensersatzzahlungen. Das hat zumindest dem angeschlagener Ruf nicht noch weiter geschadet.

Bergbau-Investoren für Transparenz

Viele Unternehmen folgen einer schlichten wirtschaftlichen Logik: Es zählt der höchste Profit. Doch mit dieser einseitigen Unternehmenspolitik sind oft auch negative Folgen für die Umwelt und die Bevölkerung in den Ländern verbunden, in denen die Unternehmen agieren. Dieser Zusammenhang gilt insbesondere im Bergbausektor. Eine Koalition von Investoren setzt sich nun für mehr Transparenz in der Branche ein.



Foto: Katrin Krämer

Die Rössing Uranium Mine in Namibia gehört der weltweit operierenden Bergbaugesellschaft Rio Tinto Group. Ihr werden von lokalen Menschenrechts- und Umweltgruppen schwere Vorwürfe gemacht: Arbeiter und Bewohner der umliegenden Dörfer seien dem radioaktiven Abraum, Staub und Radongas der Mine ausgesetzt und litten unter starken Gesundheitsproblemen. Messungen von Grundwasser und Boden ergaben hohe Uranwerte.

mehr Transparenz: So müssen bei Zahlungen von über 100.000 Dollar sowohl der genaue Betrag sowie das Zielland offen gelegt werden. Doch mit Maßnahmen in wenigen Ländern lässt sich nicht viel bewegen.

Um mehr Transparenz zu schaf-

fen, bildeten US-amerikanische Investoren eine Koalition, zu dessen Vertretern auch die SNS Asset Management, Aviva Investors und F&C Management gehören. Die Investoren besitzen immerhin gemeinsam Anleihen in Höhe von 8,7 Billionen US Dol-

lar. Sie versuchen die kanadische Regierung zum Erlass ähnlicher Gesetze zu überzeugen. Denn zweifelsohne ließen sich durch mehr Transparenz in den Zahlungen der Unternehmen Korruption und somit Leid von tausenden Menschen abwenden.

Finanzmärkte im Visier

Ogoniland. Ein junger Mann kniet am See. Das Wasser hinter ihm schillert regenbogenfarben. Er hält seine Hand in die Kamera. Sie ist voller Öl. Die Bewohner der Umgebung werden in diesem Wasser nicht mehr waschen können, nicht mehr baden, kein Tier wird dort noch trinken können.

Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Ausbeutung und Umweltzerstörung gehören immer noch zum Geschäftsmodell global agierender Unternehmen - belegt der 124 Seiten starke Bericht „Dirty Profits 2“ der internationalen Kampagne Facing Finance.

Er zeigt die gravierendsten Verstöße multinationaler Unternehmen gegen international anerkannte Normen und Standards zum Schutz von Menschenrechten, Umwelt und vor Korruption. Im zweiten Report der Kampagne werden 26 kontroverse Unternehmen (u.a. SHELL, GAZPROM, GLENCORE, Nestlé und ADIDAS) analysiert. Sie setzten im Jahr 2012 mehr als 1,24 Billionen Euro um und erzielten dabei einen Nettogewinn in Höhe von über 90 Mrd. Euro.

„Ein nicht geringer Teil der Profite multinationaler Unternehmen wird offensichtlich nach wie vor auf schmutzige Art und Weise und immer noch zu Lasten von Mensch und Umwelt verdient“, beklagt Thomas Küchenmeister, Koordinator und Initiator der Kampagne Facing Finance. „Dass dies bisweilen nahezu steuerfrei geschieht, ist so unsozial wie leider legal,“ kritisiert Küchenmeister und sieht dies als Beleg für die Unzulänglichkeit des internationalen Steuerrechts. Laut EU-Kommission geht allein in der EU dem Fiskus jährlich etwa eine Billion Euro durch Steuerhinterziehung und

Steuerungsumgehung verloren. Auf Basis einer Finanzrecherche des Instituts Profundo analysiert der DIRTY PROFITS-Bericht zudem, wie europäische Finanzinstitute die Geschäfte dieser Unternehmen finanziell unterstützen. Um geplante Projekte realisieren zu können, sind auch Großunternehmen wie Gazprom, Shell, Nestlé oder GlencoreXstrata auf

BNP Paribas, Deutsche Bank und Credit Suisse vergaben am meisten Geld für die kontroversen Unternehmen; sie unterhalten zu fast allen untersuchten Unternehmen Geschäftsbeziehungen und scheuen sich auch nicht, Unternehmen zu unterstützen, die andere Finanzdienstleister längst ausschließen: Bei international anerkannten Investoren (wie z.B.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen urgewald. Der Bericht belegt, dass die von den Finanzinstituten verabschiedeten Selbstverpflichtungen bei weitem nicht ausreichen, um wirksam vor ökologischen und sozialen Fehlinvestitionen zu schützen.

Der Bericht fordert Finanzdienstleister auf, Regeln für ihre Finanzierungen anzuwenden, die

Zertifizierung solcher „Riesterprodukte“ müsste unbedingt durch einen Ethikrat überwacht werden, fordert die Kampagne und ruft auch Bankkunden dazu auf, die Geschäftsmethoden ihrer Bank kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls den Finanzdienstleister zu wechseln.



Foto: Martin van Dijk / Milieudefensie

Eric Dooh und die Ölverschmutzung in seinem Dorf Goi (Ogoniland)

die finanzielle Rückendeckung durch Finanzinstitute angewiesen. Knapp 33 Mrd. EURO stellten die untersuchten 19 europäischen Finanzhäuser im Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2013 den analysierten Unternehmen zur Verfügung. Über die Vergabe von Unternehmenskrediten oder die Ausgabe von Anleihen würden auch die Geldgeber eine Mitverantwortung an entstehenden ökologischen und sozialen Schäden tragen, so Facing Finance.

die Europäische Investitionsbank oder der norwegische Pensionsfonds) stehen 17 der analysierten 26 Unternehmen aktuell wegen Umwelt- oder Sozialverstößen auf dem Index.

„Mit ihren unkritischen Finanzspritzen für Umweltsünder und Menschenrechtsverletzer wie Gazprom oder Glencore unterstützen Finanzinstitute Rohstoffplünderungen, Menschenrechtsverletzungen und Klimaerwärmung“, sagt Barbara Happe von der

umfassend Menschenrechts- und Umweltstandards durchsetzen und dementsprechend mehr Einfluss auf Unternehmen zu nehmen.

Zudem müsse der Gesetzgeber umgehend Maßnahmen ergreifen, um Finanzierungen kontroverser Sektoren wie z.B. Atomwaffen und Streumunition zu beenden. Auch sollten steuerliche Begünstigungen, wie für Riesteraktien-sparverträge, auf Finanzprodukte beschränkt bleiben, die Nachhaltigkeitsstandards einhalten. Die

FACING FINANCE

Die internationale Kampagne Facing Finance möchte Investoren sensibilisieren, nicht in Unternehmen zu investieren, die von Verletzungen der Menschenrechte, Umweltverschmutzung, Korruption und der Herstellung völkerrechtswidriger Waffen profitieren. Getragen wird die Kampagne von europäischen und afrikanischen Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltschutzorganisationen.

[FAIRTRADE TOWNS](#)

Britischer Exportschlager

Was verbindet Garstang, Saarbrücken, Kopenhagen, Kumamoto und New Koforidua? Sie sind die ersten FairtradeTowns in ihren Ländern. Inzwischen wurden in 24 Ländern auf allen Kontinenten die Auszeichnung „FairtradeTown“ an rund 1500 Städte und Gemeinden verliehen.

Eine Fairtrade Town muss in fünf Kriterien überzeugen. Dazu gehört beispielsweise die Verwen-



dung von Fairtrade Produkten in Ratssitzungen, die Ausrichtung von Bildungsveranstaltungen zum Thema „Fairer Handel“ und die Gründung einer lokalen Steuerungsgruppe, die alle Tätigkeiten koordiniert.

Diese Steuerungsgruppe muss Vertreter der städtischen Verwaltung und des Handels beinhalten und kann durch Mitglieder aus Kirchen, Vereinen, Schulen und anderen Bereichen ergänzt werden. Durch die Beteiligung von Vertretern aus verschiedenen Bereichen wird das Bewusstsein für die Thematik des ethischen und nachhaltigen Handels in der Gemeinde gefördert. Die Auszeichnung wird zunächst für zwei Jahre vergeben, um dann erneut zu prüfen, ob die Kriterien weiterhin erfüllt sind.



[ANLEGER SIND SICH EINIG](#)

„Waffen und Kinderarbeit gehen gar nicht“

In die Rüstungsindustrie und für Kinderarbeit darf kein Geld fließen. Stattdessen soll in den Klimaschutz investiert und Armut bekämpft werden. In diesen Punkten sind Anleger einig – ansonsten unterscheiden sich die Vorstellungen zu ethisch-ökologischen Geldanlagen stark.

Zweifelsohne ist es für diejenigen, die bewusst eine nachhaltige wirtschaftende Bank wählen, durchaus entscheidend, in welche Investmentfonds und Unternehmen mit ihren Geldern investiert wird. Die Kriterien, nach denen die Anlagen erfolgen, werden von den ethisch-ökologischen Banken mehr oder weniger transparent gemacht – doch welche Prioritäten die Anleger selbst setzen, ist ein bislang wenig erforschtes Gebiet. Ein wenig Licht ins Dunkel brachte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der Stiftung Warentest. Befragt wurden 1.014 Personen, die in ihrem Haushalt über Finanzen entscheiden, zu deren inhaltlichen Erwartungen bei ethisch-ökologischen Geldanlagen.

Interessanterweise setzen die potentiellen oder tatsächlichen Anleger eine klare Priorität: Knapp die Hälfte der Befragten misst ethischen Aspekten deutlich mehr

Bedeutung bei, als den ökologischen.

Essenziell ist jedoch die Frage, in welche Branchen und Unternehmen konkret investiert werden soll. Auch hier überwiegen soziale Aspekte: Die meisten der Befragten vertreten die Meinung, dass Gelder vor allem zur Armutsbekämpfung investiert werden sollten. Außerdem fordern sie Geldanlagen in Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Bildung. Unerwartet – denn bislang galten erstere nicht als ein Schwerpunkt ethisch-ökologischer Investments. Ökologische Belange rangieren dagegen erst ab dem vierten Platz. Im Vordergrund stehen dabei die erneuerbaren Energien, ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Forstwirtschaft.

In einem Punkt sind die Befragten fast gänzlich einer Meinung: Auf gar keinen Fall soll Geld in die Waffenindustrie fließen oder mit der Ausbeutung von Kindern

Gewinn gemacht werden. Aber auch Investitionen in die Suchtmittel Glücksspiel, Alkohol und Tabak schließen die Befragten aus – ebenso wie in Atomkraft, indus-



Foto: Facing Finance

Internationale Waffenmesse

trielle Tierhaltung und Gentechnik in der Landwirtschaft. Besonders interessant ist, dass sich auch Finanzdienstleister unter den zehn

Branchen befinden, in die auf gar keinen Fall investiert werden soll. Fondsmanager von ethisch-ökologischen Investmentfonds oder Bankmitarbeiter vergeben ihre Kredite meist nach Negativ- oder Positivkriterien. Dabei kristallisieren sich Branchen und Unternehmen heraus, die von vorne herein ausgeschlossen werden oder gefördert werden sollen. Von den jeweils vorbildlichsten Unternehmen – wie beispielsweise dem umweltfreundlichsten aller Energiekonzerne – werden dann Aktien gekauft. Dadurch sollen andere Konzerne motiviert werden dem Vorbild zu folgen. Ein Ansatz, den viele Befragte sogar mehr unterstützten als den strengen Ausschluss ganzer Branchen. Doch ob der radikale Ansatz oder die Hoffnung auf einen Dominoeffekt bei führenden Unternehmen – der ethische und ökologische Gedanke setzt sich mehr und mehr bei den Anlegern durch.

Welt und Wirtschaft in Zahlen

Strafzahlung des US-Ölkonzerns Anadarko wegen Umweltverschmutzungen in den USA:	3,75 Mrd. EUR
Durch Korruption entstehender Schaden der EU-Wirtschaft jährlich:	120 Mrd. EUR
Bruttoinlandsprodukt des Tschad im Jahr 2011:	7,7 Mrd. EUR
Gewinn des im Tschad aktiven Erdöl-Konzerns EXXON Mobil im Jahr 2011:	29,8 Mrd. EUR
Jährliches pro Kopf Einkommen im Tschad im Jahr 2011:	900 EUR

[FORTSETZUNG VON SEITE 1](#)

Apfel mit Gewissensbissen?

Wie die britische Zeitung The Guardian berichtet, wünsche Apple aber, dass bis Ende 2014 auch diese Ressourcen nur noch aus konfliktfreien Quellen bezogen werden.

Laut Jeff Williams, als Senior Vice President bei Apple für die Produktion verantwortlich, sei es nicht Ziel, den Bedarf in Zukunft einfach über bereits zertifizierte Zulieferer abzudecken. Stattdessen sollen die bisherigen Geschäftspartner dazu bewegt werden, ihre ethischen Standards zu erhöhen. Auch Quartalsberichte sollen hierzu beisteuern, die die Aufmerksamkeit auf die

Arbeitsbedingungen richten und damit den Druck auf die Zulieferer erhöhen. Nur so könne Apple Inc. dazu beitragen, die Bedingungen



Foto: Mikhail Kokhanchikov / Dreamstime

für die Arbeitnehmer in den Abbau- und Verarbeitungsunternehmen der Minerale tatsächlich zu verbessern.

Investitionsstopp gefordert

Die grün-bürgerliche Centierpartiet – die „Zentrumspartei“ Schwedens – hat einen Investitionsstopp von Pensionsfonds in die fossile Brennstoffindustrie gefordert. Investitionen in derartige Unternehmen seien nicht klimafreundlich und darüber hinaus unsicher.

Die Partei beruft sich auf einen Bericht des britischen Ökonomen Lord Stern und auf die Orga-

nisation Carbon Tracker. Ihnen zufolge seien Investitionen in die fossile Brennstoffindustrie wegen der weltweiten Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels zu riskant. Somit seien auch die größten vier Fonds Schwedens mit einem Fondsvolumen von 111 Milliarden Euro laut Chefökonom der Centerpartiet finanziell instabil. Sie besitzen große Beteiligungen an Gas- und Ölfirmen.

Werbung

[SOCIAL FINANCE](#)

Schwarmintelligenz

Finanzkrisen, Korruptionsskandale, Falschberatung - Banken haben in den letzten Jahren erheblich an Vertrauen eingebüßt. Das hat nicht zuletzt dazu geführt, dass eine neue Form der Investition in Mode kommt: Social Finance.

Social Finance beinhaltet typische Bankgeschäfte wie Kreditvergaben oder Investitionen in Unternehmen, nur werden diese Finanzgeschäfte eben ohne Banken und zudem online abgewickelt. Social Finance wird in drei Arten unterschieden.

Zum einem das crowdfunding. Ein vorher definiertes Ziel wird durch eine Gruppe finanziert, ohne dass diese sich eine Gegenleistung erhoffen. Weniger altruistisch ist das crowdlending oder crowdinvesting angelegt. Ersteres ist ein Finanzierungsmodell, das einem Geldverleih entspricht, und mit dem sich der Investor damit auch einen Gewinn erhofft. Das Crowdinvesting ist im Prinzip das

gleiche, nur dass hier kein Geld verliehen sondern angelegt wird. Alle drei Modelle können besonders wohltätige, soziale und ökologische Aspekte haben. Und sowohl für den Anleger als auch für den Projektinitiator kann sich Crowdlending lohnen. Da die Gesuche meist über ein bis zwei Monate laufen kann man schnell an Geld kommen, vor allem wenn es sich nur um kleine Summen handelt, für die Bankkredite zu aufwendig sind.

Besonders für Start-Ups und Unternehmen, die ihren Markteintritt finanzieren wollen, kann das interessant sein. Das Risiko des Scheiterns liegt dabei allerdings vorwiegend beim Geldgeber.

[WIN-WIN-GESCHÄFT](#)

Bürgerbeteiligung revolutioniert Kommunalfinanzierung

Wenn eine Kommune Geld für die Sanierung des Schwimmbads braucht, kann sie es sich nun von ihren Bürgern leihen. So die Idee von LeihDeinerStadtGeld, die das Prinzip des crowdfunding auf Kommunen übertragen hat. Sie berät Kommunen und kommunale Unternehmen bei dieser Art der Bürgerfinanzierung und steht diesen auch bei Administration und Abwicklung zur Seite. Der

Zugang zu den Bürgergeldern soll damit ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Kommune möglich sein.

Bereits ab einem Investitionsbeitrag in Höhe von 100 EUR können Bürger der Kommune ein zeitlich befristetes Darlehen geben, das marktüblich verzinst wird.

Für die Kommune ist ein solcher Kredit günstiger als bei der Bank. Zudem werden die Bürger für wichtige gemeinschaftliche Projekte, wie Kindergärten oder Schulen, sensibilisiert und ihr Interesse, die Kommune aktiv zu unterstützen, gezielt gesteigert. Die Bürger können mit ihrem Geld Projekte finanzieren, die ihren eigenen moralischen und ethischen Überzeugungen entsprechen. Und sie werden über den Projektfortschritt auf dem Laufenden gehalten.



Foto: Kamyshko / Dreamstime

Personalien

„Wer die Zukunft gestalten will, muss heute damit beginnen. Und wo geht das besser als vor Ort, in den Kommunen.“ meint **Hans-Joachim**

Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Er begrüßt den Deutschen Nachhaltigkeitskodex als interessantes Instrument für die Kommunalwirtschaft.



Foto: VKU/schuering-photo.com

„Als Designer störte es mich, dass niemand auf der Welt wirklich versteht, wie ein Mobiltelefon hergestellt wird.“ sagt **Bas van**

Abel (35), startete eine Kampagne mit dem Ziel, mehr Bewusstsein über die Zustände in der Lieferkette von Elektronikprodukten zu schaffen und entschied, das „Fairphone“ zu entwickeln. Ein Smartphone das unter möglichst sozialen und ökologischen Bedingungen hergestellt ist und von den Käufern selbst vorfinanziert wurde.



Foto: Fairphone

„Auf Dauer ist eine wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar, die auf Raubbau der Natur gründet. (...) Denn wenn wir mehr verbrauchen als wir erwirtschaften, wenn wir mehr verbrauchen als nachwächst, dann verbrauchen wir Zukunft auf Kosten nachfolgender Generationen.“ so **Angela Merkel** beim 11. Deutschen Weltbankforum.



Foto: Markwaters / Dreamstime

Drogen sind tödlich -

insbesondere für die Menschen in den Anbauregionen der Drogenpflanzen und auf den Handelsrouten des Drogenschmuggels!



Infoausstellung jetzt reservieren!

Die insbesondere für weiterführende Schulen konzipierte Ausstellung informiert über die schwerwiegenden entwicklungspolitisch relevanten Folgen durch Drogenanbau, -handel und -konsum.

Die Ausstellung wird kostenlos verliehen.

Die 5 RollUps sind jeweils etwa 0,90 Meter breit und 2,20 Meter hoch, kinderleicht aufzubauen und schwerentflammbar (B1).

Interessierte wenden sich an:

earthlink e.V.
 Frohschammerstr. 14
 80807 München
 Tel: 089 - 35 65 21 02
 EMail: info@earthlink.de
 Web: www.ausstellung.drogenmachtweltschmerz.de

